

# Grenzen überschreiten

von Martin Hagen

Um den Datenaustausch zwischen den Verwaltungen in der Europäischen Union zu befördern, hat die EU-Kommission das Programm IDABC eingerichtet. Gemeinsame Standards sollen dabei die Zusammenarbeit erleichtern.

Die EU-Kommission hat das Programm IDABC (Interoperable Delivery of pan-European E-Government Services to Public Administrations, Businesses and Citizens) bei der Generaldirektion Unternehmen und Industrie eingerichtet. Das Programm ist auf fünf Jahre angelegt und hat Anfang Januar 2005 die Arbeit aufgenommen. Mit ihm werden die Aktivitäten der Vorgängerprogramme IDA (Interchange of Data between Administrations) und IDA II fortgesetzt.

Die Aufgaben des Programms sind in zwei Bereiche geteilt: die Projekte gemeinsamen Interesses (Projects of Common Interests, PCIs) und die horizontalen Maßnahmen. PCIs werden von den verschiedenen fachlichen Zuständigkeitsbereichen in der europäischen Verwaltung, den so genannten Sektoren, beantragt und durchgeführt. Ziel ist es, die in diesen Sektoren verabschiedeten Politikinhalt durch elektronischen Datenaustausch zu unterstützen. PCIs basieren immer auf einer entsprechenden Rechtsgrundlage. Beispiele für PCIs sind SOLVIT, ein Dienst zur Beilegung von Rechtsunsicherheiten in Bezug auf gemeinsames EU-Recht, oder LISFLOOD, ein System, mit dessen Hilfe das Flutfrühwarnsystem in der EU verbessert werden soll.

Die horizontalen Maßnahmen bilden beziehungsweise fördern Basis-komponenten für die Datenaustausch-Infrastruktur in der europäischen Verwaltung. Sie sind Voraussetzung für die PCIs und decken Bedürfnisse der EU-Verwaltung

sowie der Mitgliedsstaaten an grenzüberschreitender Vernetzung ab. Das wichtigste Beispiel für eine horizontale Maßnahme ist sTESTA: Mehr als ein Drittel des Budgets von IDABC soll für Betrieb und Ausbau dieses sicheren Netzes für die EU ausgegeben werden. Weitere Beispiele von Bedeutung speziell für die deutsche Verwaltung sind die Pflege des Online-Dokumenten-Management-Systems CIRCA, das auch in der deutschen Verwaltung zum verwaltungsübergreifenden Dokumentenaustausch und zu Sitzungsvorbereitungen genutzt wird, der Aufbau des übergreifenden Dienstportals YourEurope sowie die Middleware eLink, die zum überwiegenden Teil auf den Ergebnissen der deutschen



IDABC: Nahtlose Integration von E-Government-Lösungen.

OSCI-Transport-Standardisierung beruht.

PCIs und horizontale Maßnahmen zusammen sollen die Realisierung der schon erwähnten pan-europäischen E-Government-Dienstleistungen (PEGS) befördern. Eine vorbereitende Studie hat sieben Schwerpunkt-Felder identifiziert: Für Unternehmen sind dies E-Procurement, Gewerbeanmeldungen und Mehrwertsteuererstattungen. Für Bürger sollen es Sozialversicherungsangelegenheiten, Arbeitssuche und -aufnahme, Hochschulbildung und Immatrikulation sowie Meldeangelegenheiten sein. Die Interoperabilität der E-Government-

Lösungen in der EU ist eines der Hauptziele von IDABC.

Bereits im Jahr 2002 hat der EU-Gipfel in Sevilla die EU-Kommission um die Erstellung eines Interoperability Framework gebeten, um die Voraussetzungen für erfolgreiche E-Government-Projekte zu schaffen. Dieser Aufforderung ist das Programm IDABC durch die Herausgabe und Fortführung des European Interoperability Framework (EIF) nachgekommen. Das EIF gilt für europäische Institutionen unmittelbar. Die bereits vorhandenen nationalen Interoperability Frameworks wie SAGA in Deutschland oder eGIF in Großbritannien werden inhaltlich nicht verändert. Das EIF versteht sich ihnen gegenüber als eine Ergänzung um eine europäische Dimension. Das EIF basiert auf einer Reihe von Prinzipien, zu denen Zugangsfähigkeit beziehungsweise Barrierefreiheit, Mehrsprachigkeit, Sicherheit, Datenschutz, Subsidiarität, Umgang mit offenen Standards und Open Source Software sowie der Gebrauch von Netzwerklösungen gehören. Diesen Prinzipien folgend unterbreitet das EIF eine Reihe von Empfehlungen, die für die Realisierung von pan-europäischen Diensten zu beachten sind.

Entscheidend ist eine systematische Unterscheidung von Interoperabilität auf drei verschiedenen Ebenen: technisch, semantisch und organisatorisch. Alle drei Ebenen sind letztlich notwendig für funktionierende Interoperabilität. Jedoch sind die Herausforderungen auf jeder Ebene anders und müssen durch entsprechende Maßnahmen des IDABC-Programmes umgesetzt werden.

Auf der technischen Ebene geht es um alle Aspekte der technischen Vernetzung von Computer-Systemen und -diensten. Dazu gehören offene Schnittstellen, Verbindungs-Software, Integrations- und Middleware-Dienste, Präsentationsdienste sowie Barrierefreiheit und Sicherheit. In den entsprechenden Projekten bei IDABC spielt der Einsatz von XML eine übergeordnete Rolle. Besonders wichtig aus deutscher Sicht ist die Middleware eLink, zu der bereits ein Gateway von OSCI-Transport entwickelt wurde. Jeder OSCI-Anwender kann damit die nachrichtenbasierte Sicherheits-Middleware der EU-Kommission nutzen.

Unter dem Begriff semantische Interoperabilität wird in der EU allgemein das verstanden, was in Deutschland im Rahmen des Projektes XÖV-Koordination erfolgt. Es geht um die – europaweite – Standardisierung und Harmonisierung von Fachinhalten. Spezifisch europäisch und bei den nationalen Initiativen, wenigstens in Deutschland, bisher weniger im Blick ist dabei auch der Aspekt der Mehrsprachigkeit. In einigen wenigen Bereichen war bisher das Programm IDA II aktiv an der Erstellung von XML-Fachschemata beteiligt (im Bereich E-Procurement). Hier sucht die Kommission jedoch die Zusammenarbeit mit den originären und industriegetriebenen Standardisierungsgremien wie CEN/ISSS und OASIS. Eine wichtige Aufgabe von IDABC wird es sein, im Rahmen eines sogenannten XML Clearinghouse die Herstellung der semantischen Interoperabilität europaweit zu befördern.

Der Bereich organisatorische Interoperabilität ist gegenüber den beiden anderen bisher eher schwä-

cher ausgeprägt. Das ist auch kein Wunder und liegt in der Natur der Sache begründet. Hier gilt es, eine Vielzahl an politischen, rechtlichen, organisatorischen und kulturellen Barrieren zu überwinden – und dazu ist auch ein Programm wie IDABC auf die Unterstützung einer Vielzahl weiterer Akteure angewiesen, auf europäischer Ebene und in den Mitgliedsstaaten, in der Politik wie in der Wirtschaft.

IDABC ist damit auf die Standardisierung angewiesen. Deshalb arbeitet ein Vertreter von IDABC bei der kürzlich gegründeten CEN/ISSS Focus Group on E-Government mit. Die Aufgabe dieser Arbeitsgruppe ist es, die bestehenden Defizite in der Standardisierung zu identifizieren. An ihr sind neben den Vertretern nationaler Standardisierungsgremien auch große Software-Hersteller beteiligt. Die von IDABC entwickelten Anforderungen fließen dabei in die Arbeiten mit ein. Umgekehrt werden die Erkenntnisse der Arbeitsgruppe auch bei der Fortentwicklung des Programms IDABC berücksichtigt.

*Dr. Martin Hagen ist stellvertretender Referatsleiter für E-Government beim Senator für Finanzen der Freien Hansestadt Bremen. Er ist Vertreter der Bundesländer im PEGS-Ausschuss bei der EU-Kommission.*

#### Link-Tipp

Weitere Informationen zum IDABC-Programm der EU im Internet:

- <http://europa.eu.int/idabc>

Online-Dienste der EU:

- <http://europa.eu.int/youreurope>

Website des Europäischen Komitees für Standardisierung:

- [www.cenorm.be](http://www.cenorm.be)

Den Deep Link finden Sie unter [www.kommune21.de](http://www.kommune21.de).